

Nr. _____ der Urkundenrolle für 2005

Vor mir, dem beurkundenden Notar

erschienen heute:

1.

handelnd nicht im eigenen Namen, sondern als vollmachtloser Vertreter unter Ausschluss jeglicher Haftung für

das Land Berlin, vertreten durch

1. die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin,
2. das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin,
Yorckstraße 4-11, 10958 Berlin

- beide nachfolgend Berlin genannt -

und

2. a).....
b).....

die Erschienenen zu 2. nach ihren Erklärungen nicht handelnd im eigenen Namen, sondern aufgrund Vollmacht vom 9. Februar 2004 (UR-Nr. 75/2004-S des Notars Dr. Schmiegelt in Frankfurt am Main) für die

Vivico Real Estate GmbH (vormals: Verwertungsgesellschaft für Eisenbahnimmobilien GmbH & Co. KG), Sitz Frankfurt am Main, Hedderichstraße 55-57, 60 594 Frankfurt am Main, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HR B 53 505,

diese handelnd

- a) im eigenen Namen

- b) aufgrund Vollmacht vom 26. Mai 1998 für die **Bundesrepublik Deutschland - Bundeseisenbahnvermögen** - im Hinblick auf den unter Ziff.10 a) dieser Urkunde geregelten Schuldbeitritt

- die Vivico Real Estate GmbH nachfolgend „**Vivico**“ genannt -.

Bei Beurkundung lag eine Ausfertigung der Vollmacht vom 9. Februar 2004 vor, der eine beglaubigte Ablichtung der Vollmacht vom 26. Mai 1998 beigeheftet ist. Eine beglaubigte Ablichtung dieser Ausfertigung ist der heutigen Niederschrift als **Anlage 11** beigelegt.

Dies vorausgeschickt wird folgender

Städtebaulicher Rahmenvertrag

geschlossen:

Vorbemerkung

Das Vertragsgebiet (nachfolgend auch „Gleisdreieck“) liegt auf dem Gelände des ehemaligen Potsdamer und Anhalter Güterbahnhofs.

Die Flurstücke des Gleisdreiecks sind eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg. Sie sind weitgehend als Bahnfläche gewidmet, werden aber seit den 1950er Jahren überwiegend nicht mehr für Bahnzwecke verwendet. Neben der neuen, in Bau befindlichen Nord-Süd-Trasse der Bahn durchkreuzen mehrere S- und U-Bahnlinien das Gebiet.

Im südwestlichen Bereich befinden sich Kleingärten. In der östlichen Hälfte des Vertragsgebietes stehen verschiedene ehemalige Bahnbetriebsgebäude, die das Deutsche Technikmuseum Berlin (DTMB) zum Teil als Depot nutzt. Weiterhin befinden sich dort die Gleise für die Bahnanbindung (Anschlussbahn) des DTMB.

Die Flächen des Gleisdreiecks stehen zum größten Teil (ca. 42 ha) im Eigentum des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) als Rechtsnachfolger des Reichseisenbahnvermögens. Das BEV hat diese Flächen an Vivico veräußert. Eine kleinere Teilfläche (im wesentlichen die Trasse der oberirdisch geführten Nord-Süd-Fernbahnverbindung mit ca. 6 ha) steht im Eigentum der Deutsche Bahn AG bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften (nachfolgend auch „Bahn“ genannt). Schließlich gehören Berlin mehrere Teilflächen im Osten des Geländes (ca. 10 ha).

Ein Grundstück (ehemaliger Postpaketbahnhof Luckenwalder Straße 4–6 mit ca. 3 ha) auf dem Gleisdreieck steht im Eigentum der Deutschen Post AG, weitere Grundstücke an der Yorckstraße gehören Berlin, den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und der Liegenschaftsfonds GmbH & Co KG (Liegenschaftsfonds). Diese Flächen werden nicht in den Vertrag, aber in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes VI-140 einbezogen.

Mit diesem Vertrag stellen die Parteien gemäß Ziff. 4. des Notenwechsels zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – der Deutschen Bahn – Beauftragter der Konzernleitung - und dem Bundeseisenbahnvermögen – Dienststelle Berlin – vom 24. März 1994 zum geplanten Erwerb von Teilflächen auf dem Potsdamer und dem Anhalter Güterbahnhof (Gleisdreieck) (**Anlage 1**) Einvernehmen über ihre beiderseitigen Zielvorstellungen zur künftigen Nutzung des Vertragsgebiets her.

Die Parteien sind sich grundsätzlich darüber einig, dass die Flächen des Vertragsgebiets einerseits als öffentliche Parkanlage dienen und zum anderen entsprechend ihrer innerstädtischen Lage und Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr einer attraktiven städtischen Nutzung (insbesondere Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen) mit hoher Freiflächenqualität sowie der Sicherung des heutigen Standortes des DTMB zugeführt werden sollen.

Auf dem Gleisdreieck soll in Zukunft die Potsdamer Stammbahn - teilweise in ober-, teilweise in unterirdischer Führung - zwischen dem Bereich des U-Bahnhofs Gleisdreieck (U-Bahnbrücken) und Yorckstraße wiederhergestellt sowie die in den Anlagen 2 und 5 dargestellte S21 zwischen Landwehrkanal und Yorckstraße - sich oberirdisch nach S-Bhf. Schöneberg (Wannseebahn) und Bahnhof Papestraße (Südkeuz, Anhalter Bahn) verzweigend - realisiert werden.

Im Zuge der Entwicklung des Gleisdreiecks soll dieser Vertrag durch städtebauliche Verträge, Durchführungs- und Erschließungsverträge in Verbindung mit Einzelbebauungsplänen für die Baufelder sowie Kaufverträge konkretisiert werden. Dabei sollen die in diesem Vertrag vereinbarten Nutzungs- und Entwicklungsziele grundsätzlich beibehalten werden.

Fragen und Belange des Denkmalschutzes sind nicht Gegenstand dieses Vertrages und bleiben unberührt.

1. Vertragsgegenstand

1.1 Der Vertrag bezieht sich auf das in **Anlage 2 (Gebietsabgrenzung)** durch eine schwarze Linie abgegrenzte Gebiet, nachfolgend Vertragsgebiet genannt. Es liegt im Wesentlichen im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs VI-140, der in **Anlage 2** durch eine rote Linie begrenzt wird.

1.2 Eigentümer der im Vertragsgebiet liegenden Grundstücke sind das Bundeseisenbahnvermögen (BEV), Berlin sowie die Bahn. Im Einzelnen ergeben sich die Eigentumsverhältnisse aus **Anlage 3 (Grundbuchbestand)**.

2. Flächenabgrenzung und Nutzungskonzept

2.1 Das Vertragsgebiet, das eine Fläche von ca. 58,8 ha umfasst, soll, soweit es nicht mehr für Bahnzwecke benötigt wird, als öffentliche Parkanlage und für eine innerstädtische Bebauung auf vier Baufeldern genutzt werden. Über die Nutzung der Restfläche wird Berlin zu gegebener Zeit entscheiden. Die Verteilung der künftigen Nutzungen auf einzelne Teilflächen und deren Abgrenzung soll gemäß **Anlage 4 (Abgrenzung der Nutzungsgebiete)** erfolgen.

2.1.1 Für Maßnahmen zum Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft in den Bebauungsplangebieten Potsdamer/Leipziger Platz dient eine Fläche von insgesamt 16 ha. Diese setzt sich zusammen aus den in **Anlage 4** dargestellten Flächen

(a) **östliche Parkfläche**, ca. 12,0 ha, auf dem Gebiet des ehemaligen Anhalter Güterbahnhofs und

(b) **westliche Parkfläche**, ca. 4,0 ha, auf dem Gebiet des ehemaligen Potsdamer Güterbahnhofs.

Berlin beabsichtigt, die in Anlage 4 als "Wäldchen" bezeichnete landeseigene Fläche mit der Fläche (a) zu einer Parkanlage zu verbinden. Darüber hinaus ist die Fläche

(c) **öffentliche Freifläche**, ca. 4,1 ha,

für eine Parkerweiterung oder Gemeinbedarfszwecke vorgesehen.

2.1.2 Als Baufelder der Vivico sind die in **Anlage 4** dargestellten Flächen

(d) **Flottwellpromenade**, 2,5 ha,

(e) **Möckernkiez**, 3,0 ha,

(f) **Yorckdreieck**, 2,8 ha und

(g) **Urbane Mitte**, 4,3 ha

vorgesehen.

Das Baufeld (f) soll mit den angrenzenden außerhalb des Vertragsgebiets und nördlich der Yorckstraße liegenden Grundstücken des Liegenschaftsfonds und der BVG städtebaulich verbunden werden. Das Baufeld (g) soll mit dem angrenzenden außerhalb des Vertragsgebiets liegenden Areal der Deutschen Post AG (ca. 3 ha) städtebaulich verbunden werden.

2.1.3 Dem Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft aufgrund der Beplanung der Baufelder und der Freihaltung der Trasse der geplanten S 21 sollen die in **Anlage 4** dargestellten Flächen

(i) Ausgleichsflächen, ca. 4,4 ha, auf den Gleisinseln zwischen der Potsdamer Stammbahn und der Nord-Süd-Trasse der Bahn sowie

(j) potentielle Ausgleichsflächen und wohnungsnahes Grün, ca. 1,7 ha, dienen.

2.1.4 Die Fläche

(k) zusätzliche Parkfläche, ca. 1,1 ha,

wird als Ausgleichsfläche für Eingriffe Dritter außerhalb des Vertragsgebiets freigehalten (Ziff. 4.1.4). Berlin beabsichtigt, die mit (j) und (k) bezeichneten Flächen mit der Fläche (b) zu einer Parkanlage zu verbinden.

2.1.5 Für Betriebszwecke der Bahn werden die Flächen

(l) nördlicher und mittlerer Rettungsplatz sowie **Tunnelmund**, ca. 0,6 ha,

freigehalten, aber in die Gestaltung von Parkanlage und Baufeldern einbezogen. Hierzu werden die Parteien miteinander und mit der Bahn entsprechende Abstimmungen durchführen.

2.1.6 Über die Nutzung der Fläche

(h) Schwechtenpark, ca. 5,3 ha

wird Berlin zu gegebener Zeit entscheiden.

2.2 Art und Maß der beabsichtigten Nutzung der Baufelder der Vivico sind wie folgt vorgesehen:

(d) Flottwellpromenade, MK/MI, GFZ 3,5

- (e) Möckernkiez, MI, GFZ 2,5
- (f) Yorckdreieck, MK, GFZ 4,0
- (g) Urbane Mitte, MK, GFZ 3,5

Sie sind in **Anlage 5 (Nutzungskonzept)** zeichnerisch dargestellt. **Anlage 6 (Nutzungs- und Entwicklungsziele)** formuliert Nutzungs- und Entwicklungsziele für die Baufelder. Sie bedürfen der Qualifizierung in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen zu den einzelnen Baufeldern. Die für die Baufelder erforderlichen Erschließungsflächen sind in ihnen enthalten.

2.3 Ziel der städtebaulichen Planung für die Baufelder ist die Schaffung qualifizierter Standorte für Gewerbe, Dienstleistung, Wohnen und andere Nutzungen.

2.4 Die Flächenabgrenzung erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Abgrenzung der Grundstücke der Bahn zum Bundeseisenbahnvermögen und der hierfür noch durchzuführenden Vermessung. Flächendifferenzen zwischen den in diesem Vertrag zugrundegelegten Flächen und den Ergebnissen der Vermessung werden wie folgt ausgeglichen:

2.4.1 Der Flächensaldo wird getrennt nach Flächen westlich und östlich der Nord-Süd-Trasse der Bahn ermittelt. Die 16 ha Parkfläche (2.1.1 a + b) und die Baufelder (2.1.2) bleiben dabei in ihrer Mindestgröße unverändert.

2.4.2 Bei einem positiven Saldo werden die zusätzlichen Flächen im westlichen Bereich hälftig dem Baufeld Flottwellpromenade (d) und der westlichen Parkfläche (b), im östlichen Bereich dem Baufeld (e) Möckernkiez und der östlichen Parkfläche (a) zugeschlagen.

2.4.3 Ein negativer Flächensaldo wird von der öffentlichen Freifläche (c) abgezogen.

2.5 Die Flächenabgrenzung steht darüber hinaus unter dem Vorbehalt der Festsetzungen der Bebauungspläne für ihre jeweiligen Geltungsbereiche. Entscheidungen über deren Inhalt und Abgrenzung unterliegen der kommunalen Planungshoheit.

3. Entwidmung

3.1 Vivico wird unverzüglich nach Unterzeichnung dieses Vertrages für alle nicht für Bahnzwecke erforderlichen Flächen im Vertragsgebiet die Entwidmung beantragen und wird alles in ihren Möglichkeiten Stehende veranlassen, um die zügige Entwidmung der Flächen zu fördern. Vivico und Berlin gehen davon aus, dass Teile der an Berlin zu übertragenden Flächen nicht entwidmet werden können.

3.2 Vivico unterrichtet Berlin rechtzeitig über Verfahrenstand und Ergebnisse der bereits laufenden Entbehrlichkeitsprüfung sowie des nach 3.1 durchzuführenden Entwidmungsverfahrens, sobald und soweit die Informationen der Vivico vorliegen. Insbesondere wird sie auf ihr bekannte mögliche Entwidmungshindernisse frühzeitig hinweisen.

3.3 Sollte sich auf Grund der Entwidmungsentscheidung ergeben, dass auf den für öffentliche Zwecke vorgesehenen Flächen oder Teilen davon die in diesem Vertrag angestrebten Nutzungen nicht oder nur eingeschränkt realisiert werden können, verpflichten sich die Parteien zu einer interessengerechten Vertragsanpassung. Keine Einschränkungen im Sinne des vorstehenden Satzes sind die sich aus der bahnrechtlichen Widmung der Flächen ergebenden für den Bahnbetrieb notwendigen Maßnahmen (z. B. Zufahrt, Duldung von Leitungen etc.) solange diese Flächen als Park genutzt werden können. Soweit nur ein Flächenausgleich erforderlich ist, gilt Ziff. 2.4 entsprechend.

3.4 Sollte bei einer Weiterveräußerung der in Ziffer 4.1.5 genannten Fläche (Schwechtenpark) von Berlin an Dritte zum Zwecke der Entwidmung eine Flurstücksteilung erforderlich werden, wird Vivico, soweit erforderlich, ihre Zustimmung erteilen.

4. Bodenordnung

4.1 Die heutigen Eigentumsgrenzen sind in der **Anlage 7** dargestellt. Vivico wird das Eigentum an den in der nachfolgenden Tabelle bezeichneten Flächen an Berlin übertragen. Hierzu gehören auch die zur Bildung der Grundstücke erforderlichen Maßnahmen.

Bodenordnung

Lage	Fläche	Größe	Kaufpreis / qm	Kaufpreis / Gesamt	Heutiger Eigentümer	Künftiger Eigentümer	Anlage
Östliche u. westliche Parkfläche	a, b	16 ha	40,90 €/ qm	6.544.000 €	BEV / Vivico	Berlin	4
Öffentliche Freifläche	c	ca. 4,1 ha	-	1.250.000 € Wertneutraler Tausch (siehe Zusatzvereinbarung)	BEV / Vivico	Berlin	4
Ausgleichsflächen	i	ca. 4,4 ha	0 €/ qm	0 €	BEV / Vivico	Berlin, unter den Voraussetzungen von Ziff. 7.6	4
Potentielle Ausgleichsflächen	j	ca. 1,7 ha	0 €/ qm	0 €	BEV / Vivico	Berlin	4

Ausgleichs- flächen / wohnungs- nahes Grün							
Zusätzliche Parkfläche	k	ca. 1,1 ha	57,65 €/qm	634.200 €	BEV / Vivico	Berlin	4
Schwechten- park (teilwei- se)	h	ca. 3,4 ha	147,08 €/qm	5.000.800 €	BEV / Vivico	Berlin	4

Im einzelnen werden die oben genannten Flächen wie folgt übertragen:

4.1.1 Vivico überträgt Berlin das Eigentum an den in der Tabelle zu 4.1 bezeichneten und in **Anlage 4** dargestellten Flächen (a) östliche und (b) westliche Parkfläche zu dem Wert 40,90 €/m².

4.1.1.1 Der Besitzübergang der in **Anlage 4** dargestellten östlichen Parkfläche (a) erfolgt mit Abschluss der Trägerbeteiligung für den Bebauungsplan VI-140.

4.1.1.2 Der Besitzübergang der in **Anlage 4** dargestellten westlichen Parkfläche (b) erfolgt, sobald der Abwägungsbeschluss der Bezirksverordnetenversammlung zum Ergebnis der förmlichen Bürgerbeteiligung (§ 6 Abs. 3 AGBauGB) zum Bebauungsplan für die Flottwellpromenade (**Anlage 4** (d)) gefasst ist, spätestens jedoch zum 31.12.2007.

4.1.2 Vivico überträgt Berlin das Eigentum an der in der Tabelle zu 4.1 bezeichneten und in **Anlage 4** dargestellten Fläche (c) öffentliche Freifläche. Der Besitzübergang erfolgt gemäß Ziff. 1 der Zusatzvereinbarung (UR-Nr. des beurkundenden Notars) vom heutigen Tage in Verbindung mit dem dort genannten Tauschvertrag.

4.1.3 Der Besitzübergang und die Übereignung der Ausgleichsfläche (i) erfolgen gemäß Ziff. 7.6 dieses Vertrages und der potentiellen Ausgleichsflächen und wohnungsnahes Grün (j) erfolgt gemäß Ziff. 7.8 dieses Vertrages.

4.1.4 Vivico überträgt Berlin das Eigentum an der in der Tabelle zu 4.1 bezeichneten und in der Anlage 4 dargestellten Fläche (k) als zusätzliche Parkfläche zu dem Kaufpreis 57,65 €/m². Die Fläche (k) wird zusammen mit der westlichen Parkfläche (b) übergeben.

4.1.5 Vivico überträgt Berlin aus der in der Tabelle zu 4.1 bezeichneten Fläche Schwechtenpark die in der **Anlage 7** mit (s) gekennzeichnete Fläche zu dem Kaufpreis von 147,08 €/m², insgesamt ca. 5.000.800 € Die Parteien verpflichten sich, unverzüglich einen Kaufvertrag

über die Fläche (s) abzuschließen. Der vorgenannte Betrag ist spätestens am 31.12.2006 fällig. Eine Aufrechnung mit Gegenforderungen Berlins ist ausgeschlossen. Der Besitzübergang erfolgt unverzüglich nach Zahlung des Kaufpreises

4.1.6 Berlin verpflichtet sich, die in **Anlage 4** dargestellte Fläche (I), nördlicher und mittlerer Rettungsplatz sowie Tunnelmund, unentgeltlich zu übernehmen, soweit sie nicht in das Eigentum der DB AG oder einer ihrer Tochtergesellschaften übergeht oder einem Baufeld im Rahmen der Bauleitplanung zugeordnet wird.

4.2 Vivico verpflichtet sich, die im Eigentum von BEV/Vivico befindlichen Grundstücksflächen auf den Baufeldern, die nach den Bebauungsplänen gemäß Ziff. 6 und 8 für öffentliche Zwecke festgesetzt sind, unentgeltlich an Berlin zu übereignen.

4.3 Ein Teil der an Berlin zu übertragenden Flächen ist an Dritte vermietet. Berlin verpflichtet sich, die in der **Anlage 8** aufgeführten Mietverträge zu übernehmen. Berlin stimmt zu, dass die bestehenden Mietverträge mit der Bahn bei Bedarf verlängert werden, soweit die Verlängerung zur Realisierung der planfestgestellten Baumaßnahmen erforderlich ist, und wird diese Mietverträge insoweit übernehmen. Im Übrigen verpflichtet sich Vivico, die Flächen frei von mietvertraglichen Ansprüchen Dritter zu übergeben. Soweit Dritte gegenüber Vivico zur Beräumung verpflichtet sind, ist diese Fläche beräumt zu übergeben. Berlin verzichtet auf Schadensersatzansprüche aus verspäteter Räumung, sofern dies nicht Vivico zu vertreten hat. Ansprüche gegen Dritte bleiben unberührt. Bis zum Besitzübergang der Flächen an Berlin ist Vivico berechtigt, mit vorheriger Zustimmung von Berlin weitere Mietverträge abzuschließen.

4.4 Vivico verpflichtet sich, in Abstimmung mit Berlin die Pachtverträge für Kleingartenparzellen gegenüber ihrem Generalpächter zu kündigen, sofern und sobald die Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 Ziff. 5 BKleingG vorliegen. Der Generalpächter hat gemäß § 6 des geltenden Generalpachtvertrages die Pachtverhältnisse mit den Unterpächtern zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und für die Räumung der Fläche zu sorgen. Es ist gesetzlich geregelt, dass für die Unterpächter aus der Kündigung die Verpflichtung erwächst, die Anlagen und Anpflanzungen von den Parzellen zu beseitigen. Sollten der Vivico trotz dieser Regelungen mit dem Generalpächter bzw. den Unterpächtern im Zusammenhang mit der Durchführung der mit Berlin abgestimmten Maßnahmen zur Räumung von Parzellen Kosten entstehen, so trägt diese Berlin. Berlin verzichtet auf Schadensersatzansprüche aus verspäteter Räumung, sofern dies nicht Vivico zu vertreten hat. Es bleibt Berlin aber unbenommen, Regressansprüche gegen die Pächter geltend zu machen. Zu diesem Zweck wird Vivico gegebenenfalls bestehende Ansprüche gegen die Pächter an Berlin abtreten. Berlin verpflichtet sich, die Pächter nach den Vorschriften des BKleingG zu entschädigen. Der Entschädigungsanspruch ist fällig, sobald die Pachtverhältnisse beendet und die Parzellen geräumt sind.

4.5 Weitere Einzelheiten insbesondere zum Eigentums- und Besitzübergang regeln die abzuschließenden Kaufverträge.

4.6 Die Parteien gehen davon aus, dass das Eisenbahnkreuzungsgesetz von diesem Vertrag unberührt bleibt und dass Vivico und Berlin nicht Träger der Baulast des Schienenweges im Sinne dieses Gesetzes sind.

5. Verfahren zur Planung und Realisierung der Baufelder

5.1 Berlin wird unverzüglich nach Abschluss dieses Vertrages das Bebauungsplanverfahren VI-140 unter Berücksichtigung der hier getroffenen Vereinbarungen und unter Reduzierung des Geltungsbereiches um die nicht für öffentliche Grünflächen benötigten Teilflächen der in der Anlage 4 dargestellte Fläche (h) Schwechtenpark fortführen. Berlin beabsichtigt, das Verfahren bis zum Abschluss der Trägerbeteiligung weiter zu führen und den Geltungsbereich des Bebauungsplans VI-140 für einzelne Baufelder aufzuteilen. Eine Verpflichtung Berlins außerhalb von § 1 Abs. 3 BauGB oder ein Anspruch der Vivico werden hierdurch nicht begründet. Die Möglichkeit, Vorhaben bezogene Bebauungspläne einzuleiten, bleibt unberührt.

5.2 Für die einzelnen Baufelder schließen die Parteien gesonderte städtebauliche Verträge ab, die Einzelheiten zur notwendigen öffentlichen und privaten Erschließung der Baufelder und zum naturschutzrechtlichen Ausgleich sowie den Wohnfolgeeinrichtungen regeln.

5.3 Für die Baufelder sollen im Zusammenhang mit deren Entwicklung Qualifizierungsverfahren wie Wettbewerbe oder Gutachterverfahren unter Berücksichtigung vorliegender Gutachten wie des Klimagutachtens für ihre einzelnen Baufelder in enger Abstimmung mit und unter Beteiligung von Berlin durchgeführt werden. Die Ergebnisse sollen zeitnah in den fortzuführenden Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden.

5.4 Vivico übernimmt für ihre zukünftigen Baufelder auf eigene Kosten in enger Abstimmung mit Berlin die Vorbereitung und Durchführung der Planungsverfahren einschließlich aller zur Bildung von Grundstücken erforderlichen Vermessungen. Die Auswahl des jeweiligen Planungsbüros und die Festlegung der Leistungsinhalte erfolgt durch Berlin im Einvernehmen mit der Vivico.

6. Erschließung der Baufelder und des Parks

6.1 Vivico wird die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen gem. § 127 Abs. 2 BauGB und der sonstigen öffentlichen Grünflächen nach den Festsetzungen der zukünftigen Bebauungspläne auf eigene Kosten für ihre eigenen Baufelder übernehmen.

6.2 Kosten des Ausbaus bestehender öffentlicher Straßen zur Herstellung der erforderlichen Anbindung des Vertragsgebietes an das öffentliche Straßen- und Wegenetz werden anteilig entsprechend der Erschließungsfunktion für Baufelder und Parkflächen aufgeteilt.

6.3 Soweit es zur Realisierung der Bauleitplanung, insbesondere zur Bebauung der Baufelder und der Museumsfläche erforderlich ist, verpflichten sich die Parteien gegenseitig, alle erforderlichen Erklärungen und Zustimmungen abzugeben, insbesondere die erforderlichen Dienstbarkeiten und Baulasten entschädigungslos zu bestellen.

6.4 Die Einzelheiten zu 6.1 bis 6.3 werden im jeweiligen städtebaulichen Vertrag geregelt.

7. Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft

7.1 Festsetzungen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß § 1a Abs.3 BauGB sind von der Vivico im Zuge der Baumaßnahmen zu realisieren.

7.2 Die Parteien sind sich einig, dass im Rahmen der Bebauungspläne die Bewertung der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft sowie der Maßnahmen zu deren Ausgleich sich danach richtet, ob und inwieweit über den nach § 34 BauGB zulässigen Umfang hinaus und gemessen am tatsächlichen Bestand Eingriffe zu erwarten sind. Hierzu wird unverzüglich der auf dem Vertragsgebiet vorhandene Bestand ermittelt.

7.3 Vivico wird für ihre zukünftigen Baufelder die Kosten für die Bestandsermittlung und Bewertung des Eingriffs durch einen Sachverständigen tragen. Die Auswahl des Sachverständigen erfolgt durch Berlin im Einvernehmen mit Vivico. Der Untersuchungsrahmen sowie das Untersuchungs- und Bewertungsverfahren werden von Berlin und Vivico mit dem Sachverständigen abgestimmt.

7.4 Die Parteien sind sich über die zum Zweck der Ermittlung des naturschutzrechtlichen Ausgleichs vorgenommene Abgrenzung von Innen- und Außenbereich gemäß **Anlage 9** sowie die nach § 34 BauGB zulässige bauliche Nutzung gemäß **Anlage 10** einig.

7.5 Der Ausgleich soll in den Baufeldern (Ziff. 2.1.2), auf den potentiellen Ausgleichsflächen und wohnungsnahem Grün, Fläche (j), auf den Ausgleichsflächen (Gleisinseln), Fläche (i) und der öffentlichen Freifläche, Fläche (c) **Anlage 4**, erfolgen.

7.5.1 Sollten diese Flächen nicht ausreichen, werden weitere Ausgleichsflächen außerhalb des Vertragsgebiets auf Flächen der Vivico ausgewiesen.

7.5.2 Sollten diese Flächen für den Ausgleich nicht in vollem Umfang benötigt werden, können sie als Ausgleichsflächen den Eingriffen auf Grundstücken der Vivico außerhalb des Ver-

tragsgebietes zugeordnet werden. Diese Möglichkeit gilt bis zur Festsetzung des letzten Bebauungsplans für das Vertragsgebiet.

7.6 Berlin ist verpflichtet, den Besitz an den Ausgleichsflächen, **Anlage 4** Flächen (i), unentgeltlich zu übernehmen. Berlin trägt sämtliche Kosten im Zusammenhang mit diesen Flächen und übernimmt die Verkehrssicherungspflicht. Berlin stellt Vivico und den Grundstückseigentümer BEV von sämtlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit diesen Flächen frei. Der Nutzungsvertrag wird zunächst für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Der Nutzungsvertrag ist um weitere zehn Jahre zu verlängern, wenn die oben genannten Flächen nicht spätestens sechs Monate vor Vertragsende eisenbahnrechtlich planfestgestellt sind. Berlin verpflichtet sich, diese Flächen in sein Eigentum unentgeltlich zu übernehmen, sobald eine erneute eisenbahnrechtliche Planfeststellung über diese Flächen bestandskräftig erfolgt ist und diese durch den Planfeststellungsbeschluss nicht der Bahn eigentumsrechtlich zugewiesen werden. Diese Verpflichtung gilt auch dann, sobald feststeht, dass das Planfeststellungsverfahren nicht eingeleitet bzw. eingestellt wird. Die Übernahmeverpflichtung entsteht jedoch spätestens 20 Jahre nach Wirksamwerden dieses Vertrages.

7.7 Auf ihren Baufeldern und den Ausgleichsflächen, **Anlage 4** Fläche (i), übernimmt Vivico auf eigene Kosten die Planung und Ausführung der Maßnahmen nach Maßgabe des jeweiligen Bebauungsplans.

7.8 Vivico wird Berlin das Eigentum an den potentiellen Ausgleichsflächen und wohnungsnahes Grün, **Anlage 4**, Flächen (j) unentgeltlich übertragen. Die Fläche (j) wird zusammen mit der westlichen Parkfläche (b) übergeben. Die Planung und Ausführung der Maßnahmen auf den in **Anlage 4** dargestellten potentiellen Ausgleichsflächen (j) erfolgt durch Berlin im Einvernehmen mit Vivico. Mit Zuordnung des Ausgleichs erstattet Vivico die Planungs- und Herstellungskosten in Höhe der durchschnittlichen Kosten der östlichen Parkfläche.

7.9 Die weiteren Einzelheiten werden in den städtebaulichen Verträgen geregelt.

8. Kosten für Wohnfolgeeinrichtungen

8.1 Soweit zusätzliche Wohnflächen gegenüber der zulässigen Bebauung gemäß **Anlage 10** hergestellt werden und bei Aufstellung des jeweiligen Bebauungsplans der Bedarf aufgrund der zusätzlichen Wohnflächen unter Berücksichtigung vorhandener Einrichtungen zu erwarten ist, trägt Vivico die Kosten für folgende Wohnfolgeeinrichtungen:

1. Kita-Plätze
2. Grundschulplätze (einschließlich den auf diese anteilig entfallenden Schulsportflächen)
3. öffentliche Kinderspielplätze

8.2 Sobald und soweit nach dem Planungsstand der Baufelder der Neubau einer Kindertagesstätte erforderlich wird, wird Vivico diese im eigenen Namen und auf eigene Kosten herstellen. Vivico verpflichtet sich, die Planung einvernehmlich abzustimmen. Mit dem Bau der Kindertagesstätte ist die Verpflichtung gemäß Ziff. 8.1 Nr. 1 abgegolten.

8.3 Vivico wird die Planung und Herstellung der öffentlichen Kinderspielplätze für die Baufelder auf eigene Kosten übernehmen.

8.4 Die weiteren Einzelheiten werden in den städtebaulichen Verträge geregelt.

9. Bodenverunreinigungen

9.1 Die in 4.1 genannten Flächen werden von Vivico an Berlin wie sie stehen und liegen übertragen.

9.2 Die Parteien haben gemeinsam für die nach 4.1 an Berlin zu übertragenden Flächen eine Altlastenuntersuchung nach § 18 BBodSchG durchführen lassen. Die Parteien stellen aufgrund des vorliegenden Untersuchungsberichtes vom April 2003 übereinstimmend fest, dass Bodenverunreinigungen (schädliche Bodenveränderungen nach § 2 Abs. 3 BBodSchG und Altlasten nach § 2 Abs. 5 BBodSchG) nicht zu befürchten sind. Die Parteien sind sich jedoch darüber einig, dass zur Herstellung einer gemäß dem Vertragszweck als Parkanlage nutzbaren Fläche möglicherweise die Entsorgung von Bauschutt und anderen Abfällen, die im Boden lagern, notwendig wird.

9.3 Vivico zahlt zur Abgeltung von möglicherweise entstehenden Kosten für die Entsorgung nach dem KrW-/AbfG sowie die eventuell notwendige Beseitigung von derzeit unbekannten Bodenverunreinigungen und Grundwasserschäden eine Pauschale in Höhe von 2.700.000,- € brutto an Berlin. Durch Zahlung dieser Pauschale werden Vivico und das BEV von jeglicher Haftung nach dem BBodSchG, WHG und KrW-/AbfG frei. Berlin stellt Vivico und das BEV von sämtlichen Ansprüchen einschließlich Ausgleichsansprüchen nach § 24 Abs. 2 BBodSchG frei.

9.4 Die Zahlung der Pauschale gemäß Ziff. 9.3 erfolgt in zwei Raten. Eine erste Rate in Höhe von 2.025.000,- € wird fällig mit Zahlung des Kaufpreises für die in der Anlage 4 dargestellte Fläche (a) östliche Parkfläche. Die Restzahlung in Höhe von 675.000,- € wird fällig mit Zahlung des Kaufpreises für die in der Anlage 4 dargestellte Fläche (b) westliche Parkfläche.

10. Allgemeine Pflichten der Vertragsparteien

10.1 Die Parteien werden bei der praktischen Durchführung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenarbeiten. Sie werden sich über den jeweiligen Stand der Planungen unterrichten und auf Verlangen auch sonst jede erbetene sachdienliche Auskunft erteilen.

10.2 Die Parteien werden die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Unterlagen und Daten, die sie zur Durchführung von Maßnahmen erlangen, vertraulich behandeln und nur im gegenseitigen Einvernehmen an Dritte weitergeben. Vivico hat für die Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen Sorge zu tragen.

10.3 Die Parteien werden sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus diesem Vertrag für alle auch künftigen Fälle der Weiterveräußerung der im Vertragsgebiet liegenden Grundstücke durch sie oder durch Dritte auf die jeweiligen Rechtsnachfolger übertragen werden, soweit diese Verpflichtungen noch nicht erfüllt sind. Sie haften auch bei einer Veräußerung der Grundstücke für die von Ihnen in diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen, es sei denn, dass die andere Partei der befreienden Übertragung der Verpflichtungen zustimmt. Die Veräußerung ist der anderen Partei mitzuteilen, die sich innerhalb einer 6 Wochen-Frist zu erklären hat, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen sie der befreienden Übertragung der Verpflichtungen zustimmt. Sofern keine Stellungnahme innerhalb der oben genannten Frist vorliegt, gilt die Zustimmung mit Ablauf der Frist als erteilt. Das Nähere ist in den Kauf- bzw. Städtebaulichen Verträgen zu regeln.

10.4 Die Parteien verpflichten sich, die Verfahren zügig zu betreiben.

10.5 Die Parteien werden unverzüglich eine Steuerungsgruppe einrichten, bestehend aus Vertretern jeder Partei. Die Steuerungsgruppe koordiniert die planerische und praktische Umsetzung dieses Vertrages.

10.6 Die Parteien werden bei der Planung und Entwicklung des Vertragsgebiets die Kooperation mit den Bürgern suchen und hierfür geeignete Formen entwickeln.

10.7 Die Parteien verpflichten sich gegenseitig, bei der Zwischennutzung der Flächen im Vertragsgebiet die vorgesehenen Nutzungen und deren zeitliche Realisierung zu beachten.

10 a) Schuldbeitritt

Das Bundeseisenbahnvermögen, vertreten durch Vivico, tritt hiermit der schuldrechtlichen Verpflichtung der Vivico, Berlin das Eigentum an den in Ziff. 4 genannten Flächen zu verschaffen, bei. Berlin nimmt diesen Schuldbeitritt an.

11. Sicherung des Rahmenvertrages

11.1 Da der Vertrag Berlin nicht zu einer bestimmten Planung verpflichtet und andererseits kein Rücktrittsrecht zugunsten von Vivico vereinbart wird, werden die Vertragspartner im Falle wesentlicher Abweichungen der Bebauungsplanung gegenüber dem in diesem Vertrag vorgesehenen Nutzungskonzept gemäß **Anlage 6** eine einvernehmliche und interessengerechte Anpassungslösung wie folgt treffen:

11.1.1 Eine nach Art veränderte oder Maß verminderte planungsrechtlich zulässige Nutzung in einem Baufeld der Vivico soll im Einvernehmen mit Vivico vorrangig in einem anderen Baufeld ausgeglichen werden.

11.1.2 Zum 31.12.2012 werden die Parteien eine Bilanz für alle Baufelder der Vivico im Vertragsgebiet erstellen und feststellen, ob und gegebenenfalls welche Abweichung der planungsrechtlich zulässigen Nutzung nach Art oder Maß vom vorgesehenen Nutzungskonzept nach **Anlage 6** vorliegt. Soweit dieses Nutzungskonzept in städtebaulichen Verträgen vor Durchführung der Bauleitplanung konkretisiert oder geändert wurde, sind diese Verträge maßgeblich. Einigen sich die Parteien nicht innerhalb von sechs Monaten nach Aufforderung einer Partei zur gemeinsamen Erstellung der Bilanz über deren Inhalt, kann jede Partei verlangen, dass ein gemeinsamer Sachverständiger zur Erstellung der Bilanz bestellt wird.

11.1.3 Weicht die Bilanz vom Maßstab gemäß Ziff. 11.1.2 erheblich zum wirtschaftlichen Nachteil von Vivico ab, hat Vivico das Recht, nach Ablauf von zwei Jahren erneut eine Bilanz entsprechend 11.1.2 zu verlangen. Weicht auch die zweite Bilanz vom Maßstab gemäß Ziff. 11.1.2 erheblich zum wirtschaftlichen Nachteil von Vivico ab, kann Vivico einen Ausgleich entsprechend §§ 42 ff. BauGB verlangen. Im Baugenehmigungsverfahren genehmigte oder bereits bestehende höhere Ausnutzungen sind zu berücksichtigen. Die Verpflichtung entfällt, wenn Berlin innerhalb von zwei Jahren nach Aufforderung gemäß Satz 2 die rechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung im Vertragsgebiet entsprechend den **Anlage 6** herbeigeführt hat.

11.2 Die Ausgleichsrechte gemäß 11.1 setzen voraus, dass Vivico ihrerseits alles nach diesem Vertrag zur Erfüllung dieser Voraussetzungen Erforderliche getan hat und die Flächen gemäß Ziff. 3.1 soweit entwidmet sind, dass das im Vertrag vorgesehene Nutzungskonzept gemäß **Anlage 6** verwirklicht werden kann.

11.3 Das Maß der Nutzung (GFZ) wird als Durchschnittswert, bezogen auf das Netto-Bauland, für das jeweilige Baufeld ermittelt. Dabei werden unterirdische Stellplatzflächen nicht berücksichtigt.

11.4 Wird auf den von Vivico an Berlin übertragenen Flächen – mit Ausnahme der Fläche (h) Schwechtenpark - innerhalb von 25 Jahren ab Beurkundung dieses Vertrags abweichend von diesem Rahmenvertrag eine bauliche Nutzung, ausgenommen die künftige Nutzung als Ver-

kehrfläche der Bahn (voraussichtlich Teile der Flächen (i), **Anlage 4**) zugelassen, kann Vivico die Wertdifferenz verlangen.

11.5 Hinsichtlich einer späteren Aufhebung oder Änderung festgesetzter Bebauungspläne nach erfolgter Bilanz gemäß 11.1.2 gilt § 42 BauGB. Die Frist des § 42 Abs. 2 BauGB beginnt für alle Bebauungspläne im Vertragsgebiet mit Inkrafttreten des letzten Bebauungsplans für die Baufelder der Vivico.

12. Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs

Vivico verpflichtet sich, mit der BVG eine gesonderte vertragliche Regelung zur Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs der BVG im Vertragsgebiet einschließlich der zwei vorhandenen Gleichrichterwerke zu schließen.

13. Bestellung von Sachverständigen

13.1 Die Kosten eines zu bestellenden Sachverständigen werden hälftig getragen, sofern in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist.

13.2. Für den Fall, dass sich die Parteien nicht auf einen Sachverständigen einigen, kann jede Partei den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Berlin bitten, einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen zu benennen. Die Benennung ist für die Vertragsparteien bindend.

14. Kosten

Die Kosten der Beurkundung trägt Vivico.

15. Bestandteile dieses Rahmenvertrages

Diesem Vertrag liegen im Anlagenverzeichnis aufgeführten **Anlagen 1 - 11** sowie die Zusatzvereinbarung (UR-Nr. des beurkundenden Notars) mit **Anlagen Z 1 bis Z 5** bei. Sie sind Bestandteil dieses Vertrages.

16. Genehmigung, Rücktritt

16.1 Dieser Vertrag wird erst wirksam, wenn alle von den vollmachtlosen Vertretern am heutigen Tag vor dem beurkundenden Notar abgegebenen Erklärungen von den Vertragsparteien genehmigt worden sind. Die Genehmigungen sind gegenüber dem Vertragsnotar zu erklären, werden aber erst wirksam, wenn dort die Genehmigungserklärungen für alle am heutigen Tag vor dem Beurkundenden Notar abgegebenen Erklärungen eingegangen sind.

16.2 Liegen bis zum 31.12.2005 nicht alle Genehmigungserklärungen vor, so ist jede Vertragspartei berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. In diesem Fall trägt die Kosten dieses Vertrags diejenige Vertragspartei, der gegenüber der Rücktritt erklärt wird.

17. Teilwirksamkeit, Änderungen

17.1 Wenn eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist oder wird, bleibt der Vertrag im übrigen gültig. Die Parteien verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine andere zu ersetzen, die dem Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

17.2 Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform, soweit keine notarielle Beurkundung erforderlich ist.

17.3 Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.

18. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Berlin.

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1: Notenwechsel vom 24.03.1994
- Anlage 2: Gebietsabgrenzung
- Anlage 3: Grundbuchbestand
- Anlage 4: Abgrenzung der Nutzungsgebiete
- Anlage 5: Nutzungskonzept
- Anlage 6: Nutzungs- und Entwicklungsziele
- Anlage 7: Eigentumsgrenzen
- Anlage 8: Mietverträge
- Anlage 9: Planungsrechtliche Einschätzung nach BauGB
- Anlage 10: Kennziffern für eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Anlage 11: Vollmacht vom 09.02.04 (UR.-Nr. 75 / 2004-S des Notars Dr. Schmiegelt in Frankfurt/a.M)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei

BERLIN

Postanschrift:
Der Regierende Bürgermeister, Berliner Rathaus, 10178 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

An den
Leiter der Dienststelle Berlin
des Bundeseisenbahnvermögens
Herrn Garbrecht
Hallesches Ufer 74 - 76

10963 Berlin

I D/V

Zimmer

Telefon (0 30) 24 01 - 0

Apparat (Durchwahl 24 01 und App.-Nr.)
Intern (91 989 West-Netz)/(989 Ost-Netz)
2232/Fax: 2233

Datum

24. März 1994

An die
Deutsche Bahn AG
Beauftragter der Konzernleitung
für das Land Berlin
Herrn Werner Remmert
Ruschestraße 59

10365 Berlin

Betr.: Geplanter Erwerb von Teilflächen auf dem Potsdamer und
Anhalter Güterbahnhof
hier: Unsere Gespräche vom 2. und 15. März 1994

Sehr geehrter Herr Garbrecht,
sehr geehrter Herr Remmert,

wie Ihnen bekannt ist, beabsichtigt der Senat von Berlin Ende dieses Monats dem Abgeordnetenhaus den Bebauungsplan für den Potsdamer/Leipziger Platz zur Beschlußfassung vorzulegen. Für die zu erwartenden Baumaßnahmen in diesem Bereich ist aufgrund des Bundesnaturschutzgesetzes die Schaffung eines Ausgleichs für Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich. Neben zahlreichen Ausgleichsmaßnahmen im Gebiet des Bebauungsplanes ist darüber hinaus noch die Anlegung einer Grünfläche auf dem unmittelbar angrenzenden Gelände des Potsdamer und Anhalter Güterbahnhofs geboten.

- 2 -

Unter Bezug auf unsere Gespräche schlage ich Ihnen daher folgendes vor:

1. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt dem Land Berlin in Aussicht, Flächen von insgesamt 16 ha Größe zum Zwecke der Herstellung einer öffentlichen Parkanlage zur Kompensation der bau- und planungsbedingten Eingriffe am Potsdamer/Leipziger Platz zu übereignen,
 - a) darunter eine zusammenhängende Fläche von 8,0 bis 10,0 ha westlich der Bahnbetriebsanlagen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs an das Tempelhofer Ufer heranreichend,
 - b) die verbleibende Fläche bis 16 ha östlich der Bahnbetriebsanlagen beiderseits des Flurstücks 3087 und unmittelbar an dieses anschließend auf dem Gelände des Anhalter Güterbahnhofs, so daß diese Fläche mit dem sogenannten Wäldchen zusammen eine Grünfläche ergibt, die sich zur Anlegung eines Stadtteilparks eignet. Die in Aussicht genommene Parkfläche soll im wesentlichen südlich des Geländes des Museums für Verkehr und Technik liegen.
2. Bei der späteren Ermittlung des Kaufpreises dieser zu übereignenden Flächen werden diese als marktfähiges Nicht-Bauland - gegenwärtiger Verkehrswert: 80,-- DM/m² - bewertet. Sollte auf diesen Flächen - ggf. auch nur auf Teilen dieser Flächen - innerhalb von 25 Jahren nach Austausch dieser Noten eine Bebauung zugelassen werden, so hat Berlin die Differenz zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem bei Zulassung der Bebauung maßgebenden Verkehrswert an das Bundeseisenbahnvermögen oder dessen Rechtsnachfolger nachzuzahlen. Dieser Nachzahlungsbetrag ist innerhalb von sechs Wochen nach Eintreten der Bebauungsmöglichkeit fällig und zahlbar. Ab Fälligkeit ist der Nachzahlungsbetrag mit drei vom Hundert über dem jeweiligen Diskontsatz der Bundesbank zu verzinsen.
3. Das Land Berlin stellt der Bahn in Aussicht, daß auf der übrigen planfestgestellten Eisenbahnfläche auf dem Potsdamer und Anhalter Güterbahnhof - soweit diese nicht für Bahnbetriebsanlagen benötigt wird - nach Entlassung aus der Planfeststellung in noch festzulegendem Umfang Baurecht geschaffen wird. In dem in diesem Zusammenhang durchzuführenden Bebauungsplanverfahren wird eine Begrünung der Inselfläche zwischen den Gleisanlagen (gelegen in Verlängerung der Hornstraße) in der planerischen Abwägung - insbesondere hinsichtlich der Ausgleichsverpflichtung für Eingriffe in Natur und Landschaft - zu berücksichtigen sein.

- 3 -

4. Die Realisierung dieser Absichtserklärungen ist nach Herstellung des Einvernehmens über die beiderseitigen Zielvorstellungen für den Zeitpunkt beabsichtigt, zu dem die Baulogistik die für die Grünanlage vorgesehenen Teilflächen nicht mehr benötigt. Mit der Herstellung des Einvernehmens muß die Bahn diese Flächen aus der Planfeststellung entlassen.

Ich würde mich freuen, wenn ich zu diesem Vorschlag so bald wie möglich Ihre Zustimmung erhalten könnte. Dabei rechne ich mit Ihrem Verständnis für die Eilbedürftigkeit dieser Angelegenheit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



H i n k e f u ß

J
28.3.
K 12

Deutsche Bahn 

Beauftragter der
Konzernleitung für
das Land Berlin
Ruschestraße 59
10365 Berlin

Berlin, 24.03.1994

Regierenden Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Herrn Leitenden Senatsrat
Dietrich Hinkefuß
Berliner Rathaus

10173 Berlin

Geplanter Erwerb von Teilflächen auf dem Potsdamer und dem Anhalter Güterbahnhof
(Gleisdreieck)

Ihr Zeichen: I D/V vom 03./18.03.1994

Sehr geehrter Herr Hinkefuß,

wir nehmen Bezug auf unser Gespräch am 02.03.1994, unser Telefonat vom 23.03.1994 und Ihre Schreiben vom 03.03.1994 bzw. vom 21.03.1994 und erklären hiermit auch namens der DB AG die Zustimmung zu der zwischen dem Land Berlin, den Bundeseisenbahnvermögen und der DB AG verhandelten folgenden Übereinkunft:

1. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt dem Land Berlin in Aussicht, Flächen von insgesamt 16 ha Größe zum Zwecke der Herstellung einer öffentlichen Parkanlage zur Kompensation der bau- und planungsbedingten Eingriffe am Potsdamer Platz/Leipziger Platz zu übereignen,
 - a) darunter eine zusammenhängende Fläche von 8,0 bis 10,0 ha westlich der Bahnbetriebsanlagen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs, an das Tempelhofer Ufer heranreichend,
 - b) die verbleibende Fläche bis 16 ha östlich der Bahnbetriebsanlagen beiderseits des Flurstücks 3087 und unmittelbar an dieses anschließend auf dem Gelände des Anhalter Güterbahnhofs, so daß diese Fläche mit dem sogenannten Wäldchen zusammen eine Grünfläche ergibt, die sich zur Anlage eines Stadtteilparks eignet. Die in Aussicht genommene Parkfläche soll im wesentlichen südlich des Geländes des Museums für Verkehr und Technik liegen.
2. Bei der späteren Ermittlung des Kaufpreises dieser zu übereignenden Flächen werden diese als marktfähiges Nichtbauland - gegenwärtiger Verkehrswert 80,00 DM/qm - bewertet.

Sollte auf diesen Flächen - ggf. auch nur auf Teilen dieser Flächen - innerhalb von 25 Jahren nach Austausch dieser Noten eine Bebauung zugelassen werden, so hat Berlin die Differenz zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem bei Zulassung der Bebauung maßgebenden Verkehrswert an das Bundeseisenbahnvermögen oder dessen Rechtsnachfolger nachzuzahlen. Dieser Nachzahlungsbetrag ist innerhalb von 6 Wochen nach Eintreten der Bebauungsmöglichkeit fällig und zahlbar; ab Fälligkeit ist der Nachzahlungsbetrag mit 3 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Bundesbank zu verzinsen.

- 2 -

3. Das Land Berlin stellt der Bahn in Aussicht, daß auf der übrigen planfestgestellten Eisenbahnfläche auf dem Potsdamer und dem Anhalter Güterbahnhof - soweit diese nicht für Bahnbetriebsanlagen benötigt wird - nach Entlassung aus der Planfeststellung in noch festzulegendem Umfang Baurecht geschaffen wird. In dem in diesem Zusammenhang durchzuführenden Bebauungsplanverfahren wird eine Begrünung der Inselfläche zwischen den Gleisanlagen (gelegen in Verlängerung der Hornstraße) in der planerischen Abwägung - insbesondere hinsichtlich der Ausgleichsverpflichtung für Eingriffe in Natur und Landschaft - zu berücksichtigen sein.
4. Die Realisierung dieser Absichtserklärung ist nach Herstellung des Einvernehmens über die beiderseitigen Zielvorstellungen für den Zeitpunkt beabsichtigt, zu dem die Baulogistik die für die Grünanlage vorgesehenen Teilflächen nicht mehr benötigt. Mit der Herstellung des Einvernehmens muß die Bahn diese Flächen aus der Planfeststellung entlassen.

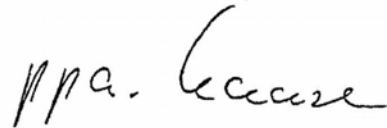
Wir sind sehr erfreut darüber, daß wir mit dieser Übereinkunft ein bisher zwischen uns kontrovers diskutiertes Thema zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Abschluß und gleichzeitig zu einer stadtverträglichen Lösung bringen konnten. Aus unserer Sicht wäre es sehr zu begrüßen, wenn wir uns nunmehr in ähnlich konstruktiver Weise um die Lösung der anderen, die Bahngrundstücke in Berlin betreffenden Diskussionspunkte bemühen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Bahn AG



ppa. Remmert



ppa. Haase

BEV
L BEV.Fr 12 Ag

10963 Berlin, 24.03.94
6 63 88

1.

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei -
Herrn Leitenden Senatsrat
Dietrich Hinkefuß
Berliner Rathaus

10173 Berlin

*1. Originalschreiben am 24.3.94
durch Herrn Henning zum
Senatskanzlei (H. Schöne) -
gelesen
2. Kopie für DBAG (H. Kraus
p. 12)
20/5.*

Geplanter Erwerb von Teilflächen auf dem Potsdamer und dem Anhalter
Güterbahnhof (Gleisdreieck)

Ihr Zeichen: I D/V vom 03./18.03.94

Sehr geehrter Herr Hinkefuß,

unter Bezug auf unsere Gespräche vom 02. bzw. 15.03.94 und Ihre Schreiben vom
03. bzw. 21.03.94 in der o. g. Angelegenheit antworte ich Ihnen wie folgt:

Aus unserer Sicht ist die vom Land Berlin auf dem im Eigentum des Bundeseisen-
bahnvermögens befindlichen Gelände des Potsdamer und des Anhalter Güterbahn-
hofs (Gleisdreieck) geplante Ausgleichsmaßnahme für Baumaßnahmen am Potsdamer
Platz rechtlich nicht erforderlich. Dessen ungeachtet bin ich mit folgendem
einverstanden:

1. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt dem Land Berlin in Aussicht, Flächen von
insgesamt 16 ha Größe zum Zwecke der Herstellung einer öffentlichen
Parkanlage zur Kompensation der bau- und planungsbedingten Eingriffe am
Potsdamer Platz/Leipziger Platz zu übereignen,
 - a) darunter eine zusammenhängende Fläche von 8,0 bis 10,0 ha westlich der
Bahnbetriebsanlagen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs, an das
Tempelhofer Ufer heranreichend,
 - b) die verbleibende Fläche bis 16 ha östlich der Bahnbetriebsanlagen
beiderseits des Flurstücks 3087 und unmittelbar an dieses anschließend
auf dem Gelände des Anhalter Güterbahnhofs, so daß diese Fläche mit dem
sogenannten Wäldchen zusammen eine Grünfläche ergibt, die sich zur
Anlegung eines Stadtteilparks eignet. Die in Aussicht genommene Park-
fläche soll im wesentlichen südlich des Geländes des Museums für Verkehr
und Technik liegen.

...

- 2 -

2. Bei der späteren Ermittlung des Kaufpreises dieser zu übereignenden Flächen werden diese als marktfähiges Nichtbauland - gegenwärtiger Verkehrswert 80,00 DM/qm - bewertet.

Sollte auf diesen Flächen - ggf. auch nur auf Teilen dieser Flächen - innerhalb von 25 Jahren nach Austausch dieser Noten eine Bebauung zugelassen werden, so hat Berlin die Differenz zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem bei Zulassung der Bebauung maßgebenden Verkehrswert an das Bundeseisenbahnvermögen oder dessen Rechtsnachfolger nachzuzahlen. Dieser Nachzahlungsbetrag ist innerhalb von 6 Wochen nach Eintreten der Bebauungsmöglichkeit fällig und zahlbar; ab Fälligkeit ist der Nachzahlungsbetrag mit 3 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Bundesbank zu verzinsen.

3. Das Land Berlin stellt der Bahn in Aussicht, daß auf der übrigen planfestgestellten Eisenbahnfläche auf dem Potsdamer und dem Anhalter Güterbahnhof - soweit diese nicht für Bahnbetriebsanlagen benötigt wird - nach Entlassung aus der Planfeststellung in noch festzulegendem Umfang Baurecht geschaffen wird. In dem in diesem Zusammenhang durchzuführenden Bebauungsplanverfahren wird eine Begrünung der Inselfläche zwischen den Gleisanlagen (gelegen in Verlängerung der Hornstraße) in der planerischen Abwägung - insbesondere hinsichtlich der Ausgleichsverpflichtung für Eingriffe in Natur und Landschaft - zu berücksichtigen sein.

4. Die Realisierung dieser Absichtserklärungen ist nach Herstellung des Einvernehmens über die beiderseitigen Zielvorstellungen für den Zeitpunkt beabsichtigt, zu dem die Baulogistik die für die Grünanlage vorgesehenen Teilflächen nicht mehr benötigt. Mit der Herstellung des Einvernehmens muß die Bahn diese Flächen aus der Planfeststellung entlassen.

In der Erwartung, daß hiermit eine für beide Seiten gute Lösung gefunden wurde, verbleibe ich

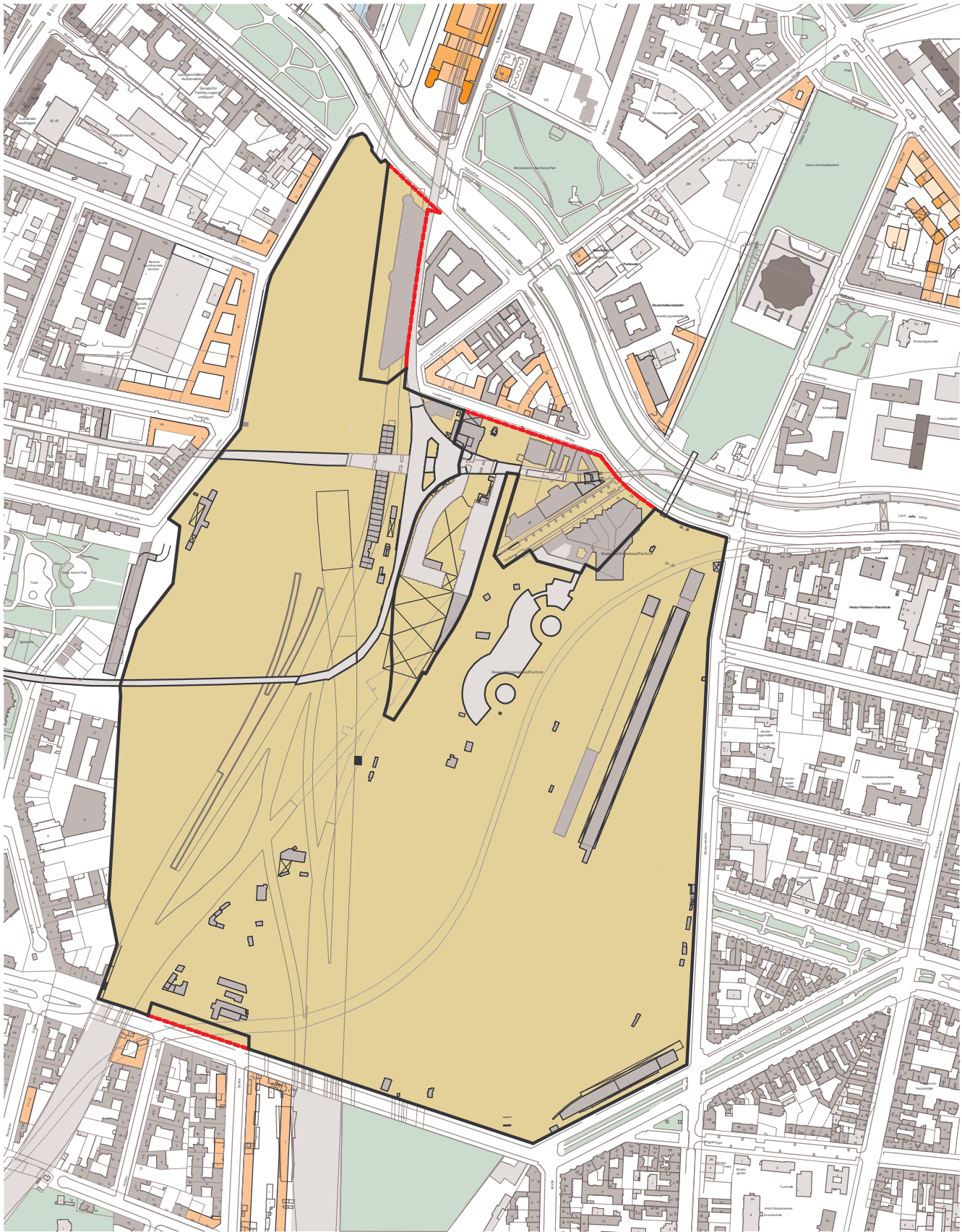
mit freundlichen Grüßen

Garbrecht


7243

Gebietsabgrenzung-Anlage2

Stand:Februar2005



 Vertragsgebiet

 Geänderter Geltungsbereich
B-Plan VI140

Grundbuchbestand im Vertragsgebiet

Stand: 18. Juni 2002

Anlage 3

- vor Vertragsabschluss durch
den Notar zu aktualisieren -

1. Im Grundbuch von Potsdamer Torbezirk des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg Blatt 5166 ist für nachfolgend näher bezeichneten Grundbesitz das Deutsche Reich (Reichseisenbahnvermögen) als Eigentümer eingetragen. Für diese Grundstücke sind teilweise Eigentumsübertragungsvormerkungen zugunsten der Vivico Real Estate GmbH, Frankfurt/Main eingetragen.

Blatt	Flurstück	Größe in qm	Flur	Lage und Wirtschaftsart
5166	3231	79.023	6	Dennewitzstraße 37, 38; Luckenwalder Str. 6A; Yorckstr. 35, 42; Verkehrsfläche
5166	3238	100.586	6	Dennewitzstraße 37, 38; Luckenwalder Str. 6A; Yorckstr. 35, 42; Verkehrsfläche
5166	3237	73.459	6	Dennewitzstraße 37, 38; Luckenwalder Str. 6A; Yorckstr. 35, 42; Verkehrsfläche
5166	3235	129.840	6	Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24; Verkehrsfläche
5166	3234	33.247	6	Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24; Verkehrsfläche
5166	3232	2.344	6	Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24; Verkehrsfläche
5166	3233	2.056	6	Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24; Verkehrsfläche
Summe		420.555		

2. Im Grundbuch von Potsdamer Torbezirk des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg Blatt 5233 ist für nachfolgend näher bezeichneten Grundbesitz die Deutsche Bahn AG als Eigentümer eingetragen. Für diese Grundstücke sind teilweise Eigentumsübertragungsvormerkungen zugunsten der Vivico Real Estate GmbH, Frankfurt/Main und der DB Netz AG, Berlin eingetragen.

5233	3236	61.071	6	Dennewitzstraße 37, 38; Luckenwalder Str. 6A; Yorckstr. 35, 42; Verkehrsfläche
5233	3230	1.364	6	Dennewitzstraße 37, 38; Luckenwalder Str. 6a; Yorckstr. 35, 42; Verkehrsfläche
Summe		62.435		

Grundbuchbestand im Vertragsgebiet

Stand: 18. Juni 2002

Anlage 3

- vor Vertragsabschluss durch
den Notar zu aktualisieren -

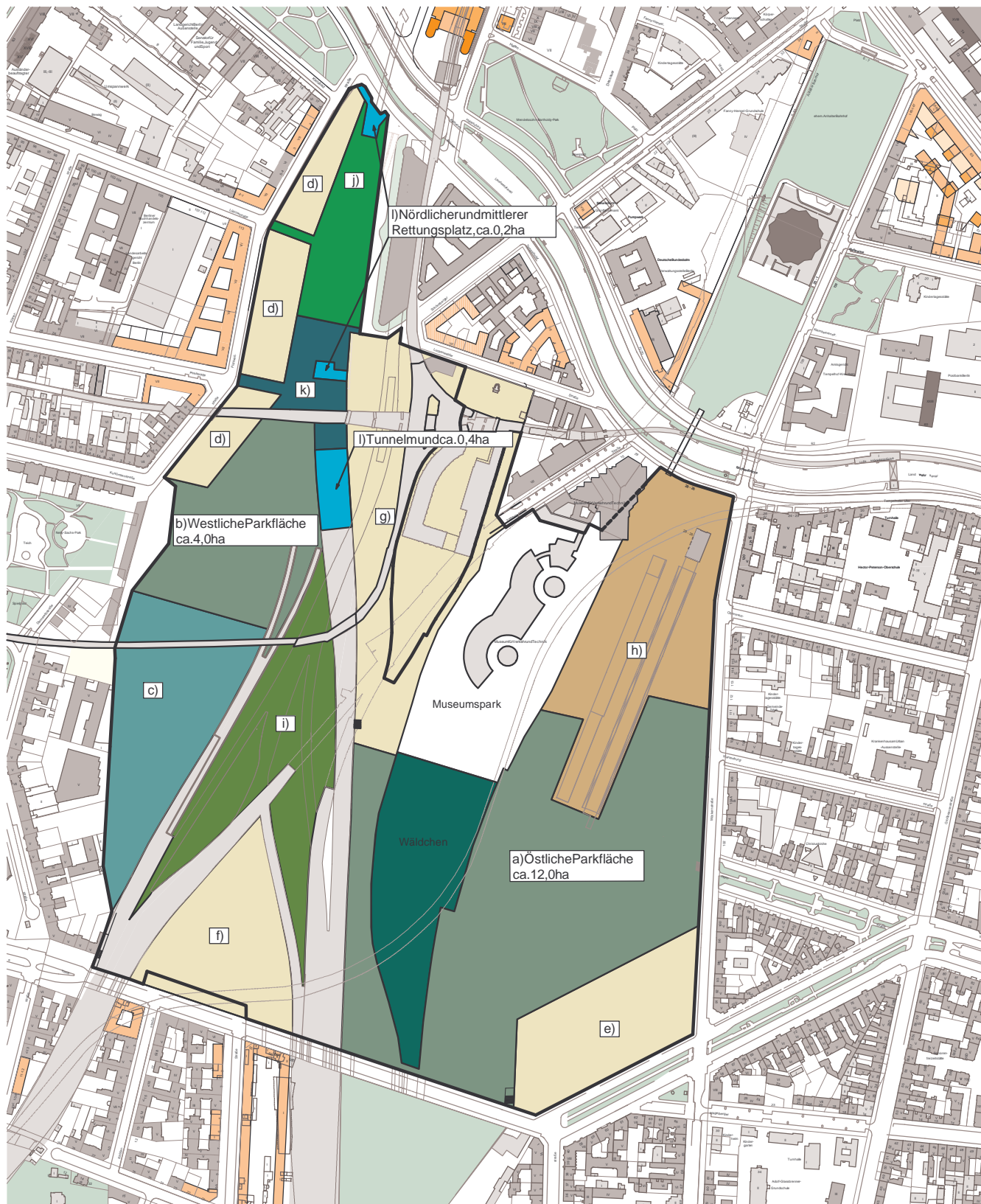
3. Im Grundbuch von Potsdamer Torbezirk des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg Blatt 5182 und Blatt 5190 ist für nachfolgend bezeichneten Grundbesitz das Land Berlin als Eigentümer eingetragen:










Blatt	Flurstück	Größe in qm	Flur	Wirtschaftsart und Lage
5190	3184	12.361	6	Gebäude- und Freifläche Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24;
5190	3185	602	6	Gebäude- und Freifläche Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24;
5182	3087	86.872	6	Verkehrsfläche Trebbiner Str. 8, 9
5190	3089	754	6	Gebäude- und Freifläche Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24;
5190	3183	4.804	6	Gebäude- und Freifläche Möckernstr. 26, 42, 43, 44; Yorckstr. 24;
Summe		105.393		

Summe Vertrags- gebiet	588.383
---	----------------

Abgrenzung der Nutzungsgebiete-Anlage 4

Stand: Februar 2005

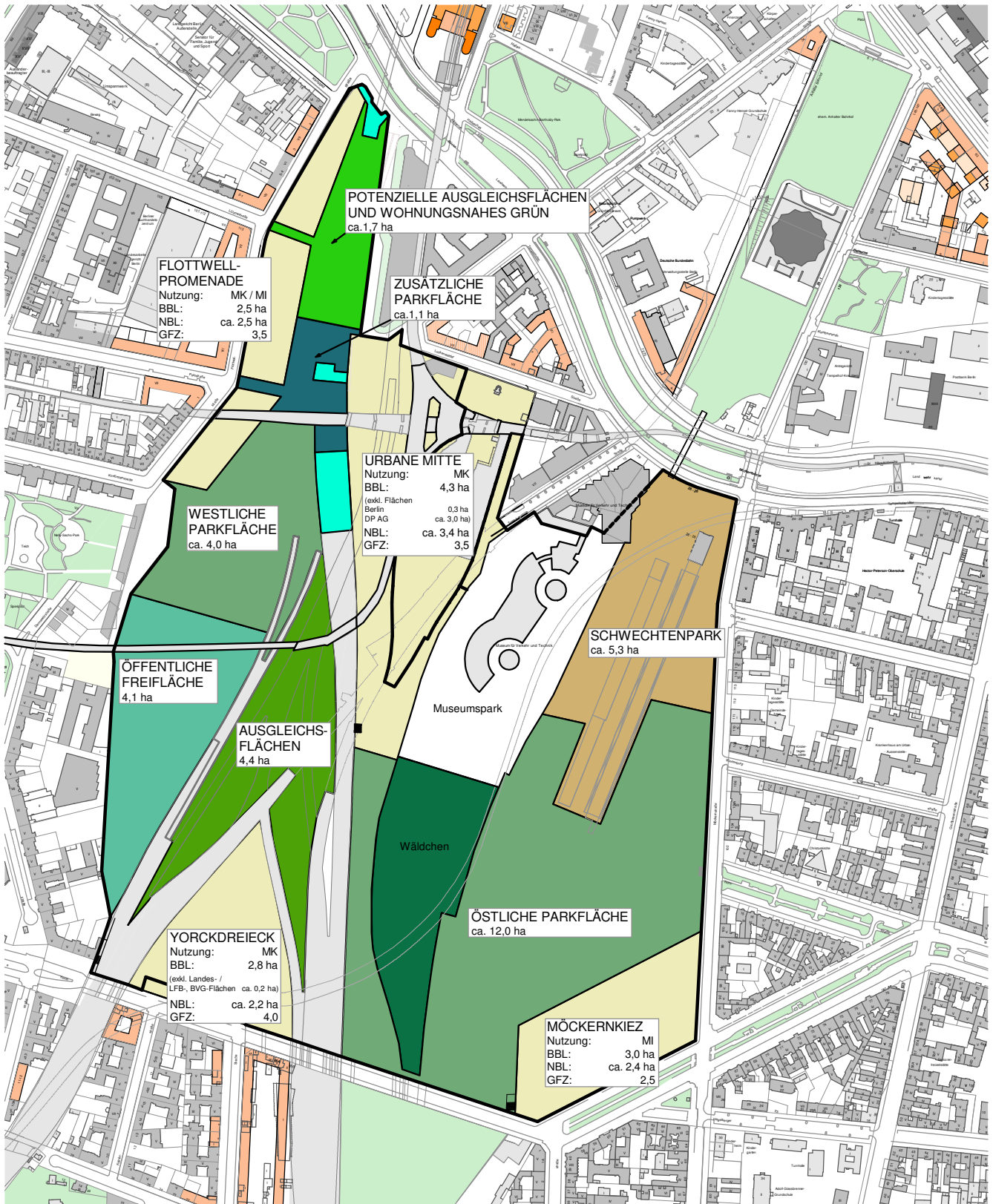


- | | |
|---|--|
|  16ha Parkflächen
(a.=östliche 12,0ha; b.=westliche 4,0ha) |  Zusätzliche Parkflächen (k.=ca. 1,1ha) |
|  Rettungsplätze u. Tunnelmund (l.=ca. 0,6ha) |  Ausgleichsflächen (i.=ca. 4,4ha) |
|  Öffentliche Freifläche (c.=ca. 4,1ha) |  Potenzielle Ausgleichsflächen und wohnungsnahe Grün (j.=ca. 1,7ha) |
|  Bauflächen innerhalb des Vertragsgebietes
(d., e., f., g.) |  Fläche Schwechtenpark (h.=ca. 5,3ha) |
| |  Wäldchen (ca. 3,3ha) |

Nutzungskonzept

- Anlage 5

Stand: Februar 2005



Nutzungs- und Entwicklungsziele

d) Flottwellpromenade

Baufeldgröße:	BBL*: 25.000 qm / NBL*: ca. 25.000 qm
Art und Maß der Nutzung:	MK/ MI GFZ 3,5
Städtebauliche Prinzipien:	Baufeldtiefe von der Flottwellstraße ca. 50 m (mit Ausnahme des Teilgebietes zwischen Pohl- und Kurfürstenstraße) Bauliche Betonung des Eingangsbereichs Am Karlsbad und des Bau- feldabschlusses an der Kurfürstenstraße.
Erschließungsstruktur:	Einseitige Erschließung des Baufeldes von der Flottwellstraße. Großzügige Parkeingänge in Verlängerung der einmündenden Straßen (Kurfürsten- Pohl- und Lützowstrasse). Optimierung der Wegebeziehungen unter Berücksichtigung der immobi- liarwirtschaftlichen Tätigkeit

e) Möckernkiez

Baufeldgröße:	BBL*: ca. 30.000 qm / NBL*: ca. 24.000 qm
Art und Maß der Nutzung:	MI GFZ: 2,5
Städtebauliche Prinzipien:	Zur Parkseite durchlässige- und zur Yorckstrasse geschlossene Block- struktur. Flächen am Park dienen vorwiegend der Wohnnutzung. Flächen an der Yorckstrasse sind vorwiegend für gewerbliche Nutzung (z.B. Büro, Dienstleistung und Gewerbe) vorzusehen.
Erschließungsstruktur:	Anschluss an das öffentliche Straßennetz über die Möckernstrasse (ggf. über die Yorckstraße). Keine parkseitige Erschließung.

f) Yorckdreieck (exl. Flächen des Landes Berlin/ LFB und der BVG)

Baufeldgröße:	BBL*: ca. 28.000 qm (zusätzlich Land Berlin-/ LFB- und BVG-Flächen ca. 2000 qm) / NBL*: ca. 22.000 qm
Art und Maß der Nutzung:	MK GFZ: 4,0
Städtebauliche Prinzipien:	Bauliche Hochpunkte sind möglich.
Erschließungsstruktur:	Erschließung des Feldes durch Anbindung an die Yorckstrasse. Interne Ringschließung.

Nutzungs- und Entwicklungsziele

g) Urbane Mitte (excl. Flächen der DP AG und des Landes Berlin)

Baufeldgröße:	BBL*: ca. 43.000 qm (zusätzlich DP AG ca. 30.000 qm, Land Berlin 3.000 qm) / NBL*: ca. 34.000 qm
Art und Maß der Nutzung:	MK GFZ: 3,5
Städtebauliche Prinzipien:	Bauliche Betonung mit Hochpunkten um das Gleiskreuz, insbesondere entlang der zukünftigen S 21 und der Fernbahntrasse. Ergänzung des Bestandes durch Baustrukturen mit innerstädtischer Dichte.
Erschließungsstruktur:	Anschluss an das öffentliche Straßennetz in der Verlängerung der Schöneberger- und Luckenwalder Strasse sowie der Trebbiner Strasse. Haupteerschließung des südlichen Baufeldes entlang der unterirdischen Trasse der S 1. Ringschluss mit Erschließung südlich der Postpakethallen sowie Ringschluss zur Erschließung des südlichen Rettungsplatzes. Fuß- und Radwegeverbindung entlang der Fernbahntrasse.

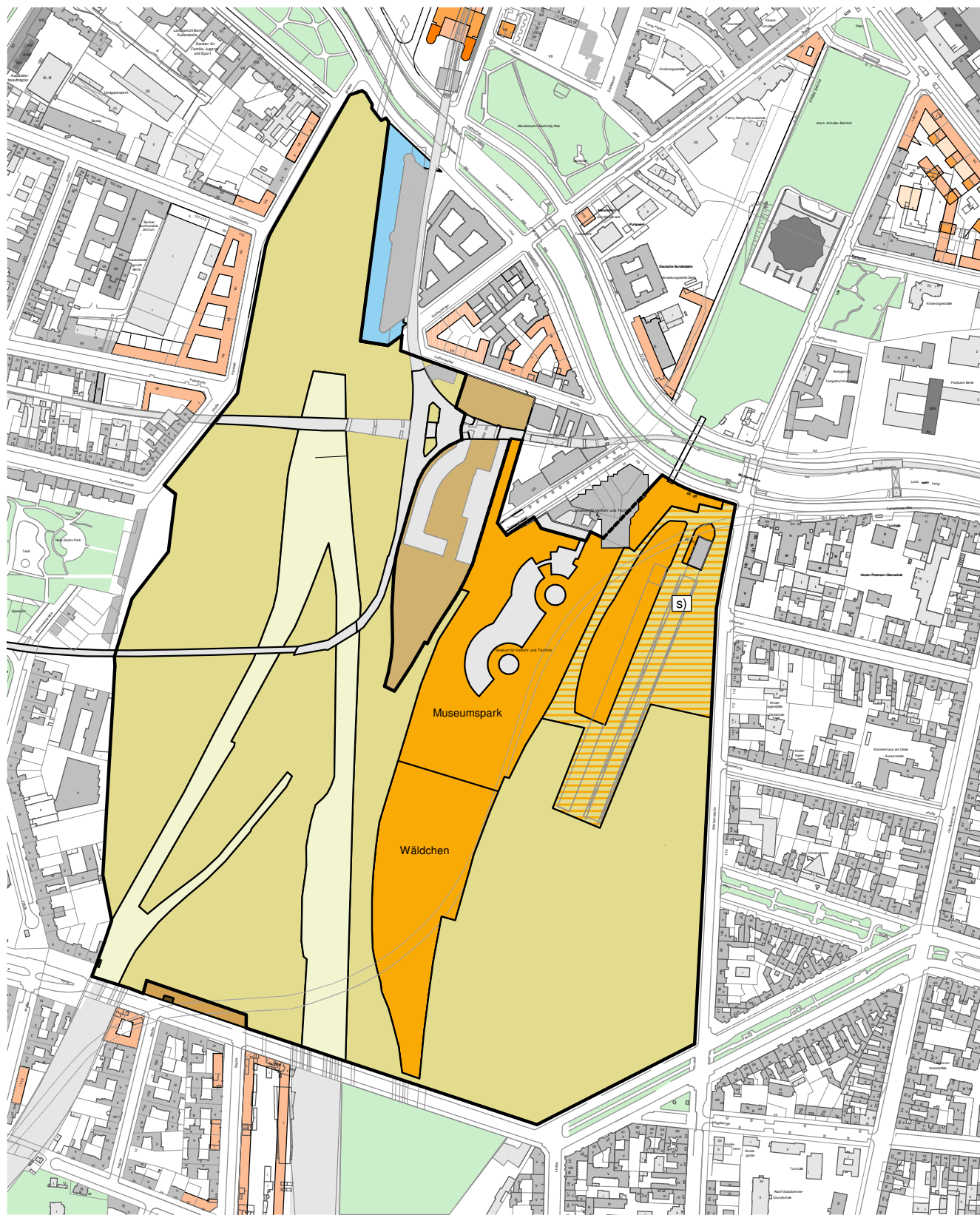
*BBL = Bruttobauland

*NBL = Nettobauland

Eigentumsgrenzen

- Anlage 7

Stand: Februar 2005



INNERHALB DES VERTRAGSGEBIETES

- BEV / Vivico
- DB AG
- Land Berlin
- Von der Vivico durch das Land Berlin zu erwerbende Grundstücksteile (s) in der Fläche Schwechtenpark

AUSSERHALB DES VERTRAGSGEBIETES

- Deutsche Post AG
- DEBIS
- LFB - Flächen im Yorckdreieck
- BVG

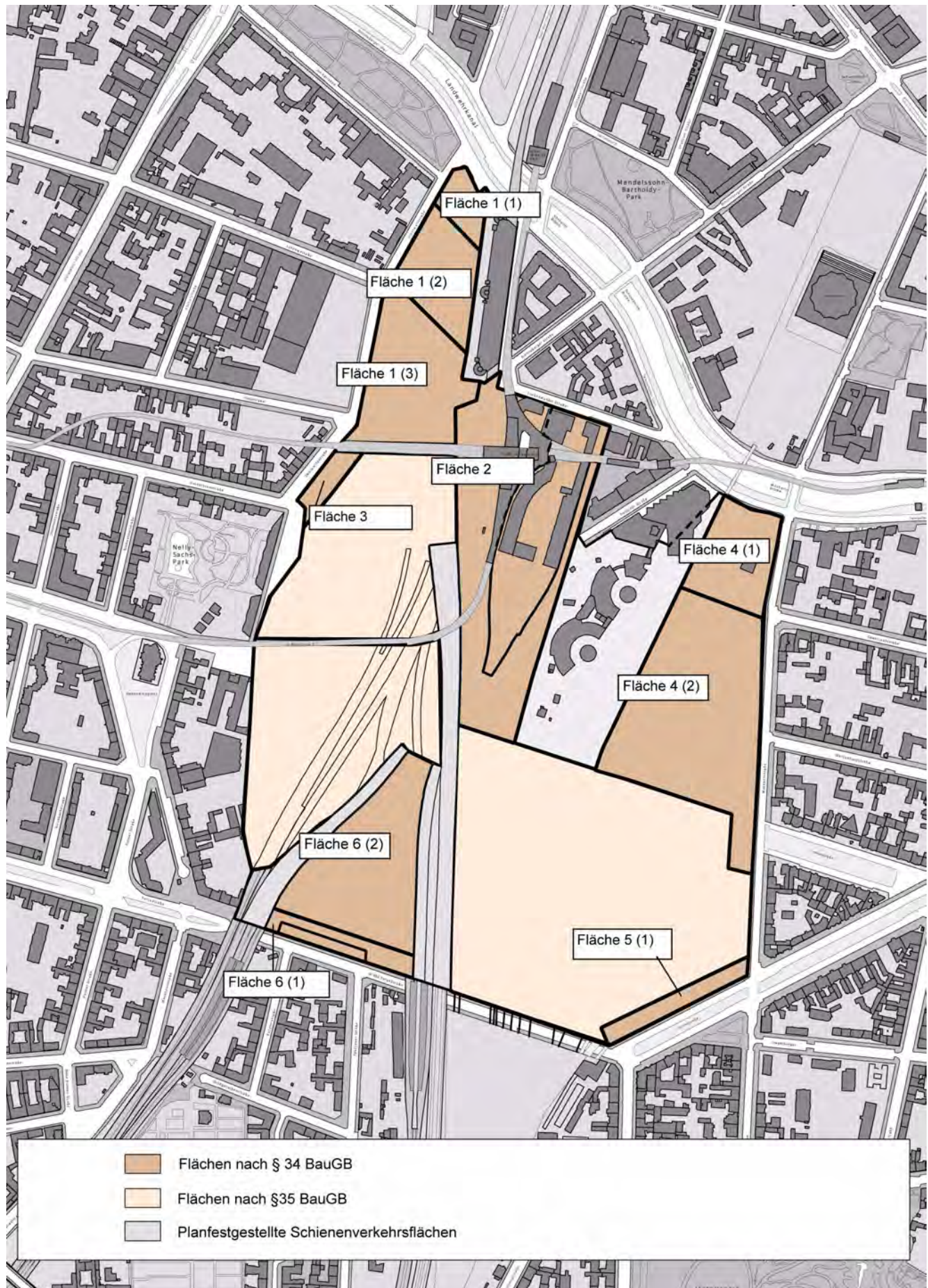
Mietverträge-Anlage8

Stand:Februar2005

lfd Nr.	Mieter	Nutzung	Flächenbezeichnung	m²	Vertragsdauer /Kündigungsfrist in Monate
1	Global Golf Berlin	Golfabschlagplatz	Freifläche	43.900,00	31.12.2007
2	Eisenbahnlandwirtschaft	Kleingärten	Freifläche	21.538,00	Kündigung nach Rahmenvertrag
3	DB Projekt Bau GmbH	Verkehrsanlagenbau	Freifläche	26.457,00	31.12.05/ 6 zum Jahresende
4	DB Netz AG	Verkehrsanlagenbau	Freifläche	3.825,00	31.12.05/ 6 zum Jahresende
5	RAMSAIER GmbH	Lager	Gebäude	180,00	31.12.2004/3
6	Planwerk Bauregie GmbH	Büro	Gebäude	180,00	/3
7	Ben Wagin	Atelier	Gebäude	380,00	/3
8	Beratende Ingenieure für das Bauwesen	Büro	Gebäude	74,80	/3
9	Emch+Berger Projekt- und Ba	Büro	Gebäude	276,90	/3
10	DB Projekt Bau GmbH	Büro	Freifläche	500,00	30.06.06/3
11	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Bürocontainer	Freifläche	500,00	
12	PVZB	Baubüro	Freifläche	3.000,00	/3
13	Deutsches Technik Museum Berlin	Museum	Freifläche,	913,00	
	Deutsches Technik Museum Berlin	Museum	Gebäude	761,00	
	Deutsches Technik Museum Berlin	Museum	Keller	742,00	
14	Leerstand	Gebäude	Gebäude	205,00	
15	LMBG Logistik und Management	Büro	Gebäude	225,00	31.12.2004/3
16	Einhorn Naturkost	Lager	Gebäude	500,00	31.12.2004/3
17	Balloni Verlag und Product	Lager	Gebäude	500,00	31.12.2004/1
18	Pomp Duck and Circumstance	Restauranttheater	Gebäude	277,00	Verlängerung bis 31.03.07
	Pomp Duck and Circumstance	Restauranttheater	Gebäude	75,00	Verlängerung bis 31.03.07
	Pomp Duck and Circumstance	Restauranttheater	Freifläche	7.500,00	Verlängerung bis 31.03.07
19	Rigging Depot Berlin Verleih	Büro	Gebäude	416,00	31.12.2004/3
	Rigging Depot Berlin Verleih	Lager	Keller	120,00	31.12.2004/3
	Rigging Depot Berlin Verleih	Lager	Gebäude	1.082,00	31.12.2004/3
20	Gitter Görke	Lager	Freifläche	306,00	31.12.2004/3
21	Kranservice Rheinberg GmbH	Kranservice	Freifläche	400,00	/1
22	Leerstand		Freifläche	2.671,00	
23	Dagmar Engnoth-Pörtl	Trike-Vermietung	Freifläche	145,00	/3
24	Pörtl Inh. Wilfried Pörtl,	Lager	Freifläche	290,00	/3
25	Günter Hirt	Imbißbetrieb	Freifläche	40,00	/3
26	Leerstand	Lager	Gebäude	16,50	
27	Internationale Filmfestspiele Berlin	Lager	Gebäude	290,00	31.03.2005/3
28	Internationale Filmfestspiele Berlin	Lager	Gebäude	276,00	31.03.2005/1

Planungsrechtliche Einschätzung-Anlage 9 nach BauGB

Stand: Februar 2005



Kennziffern für die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Stand: Februar 2005

Kennziffern für eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sowie die Berechnung der Wohnfolgekosten im B-Planverfahren

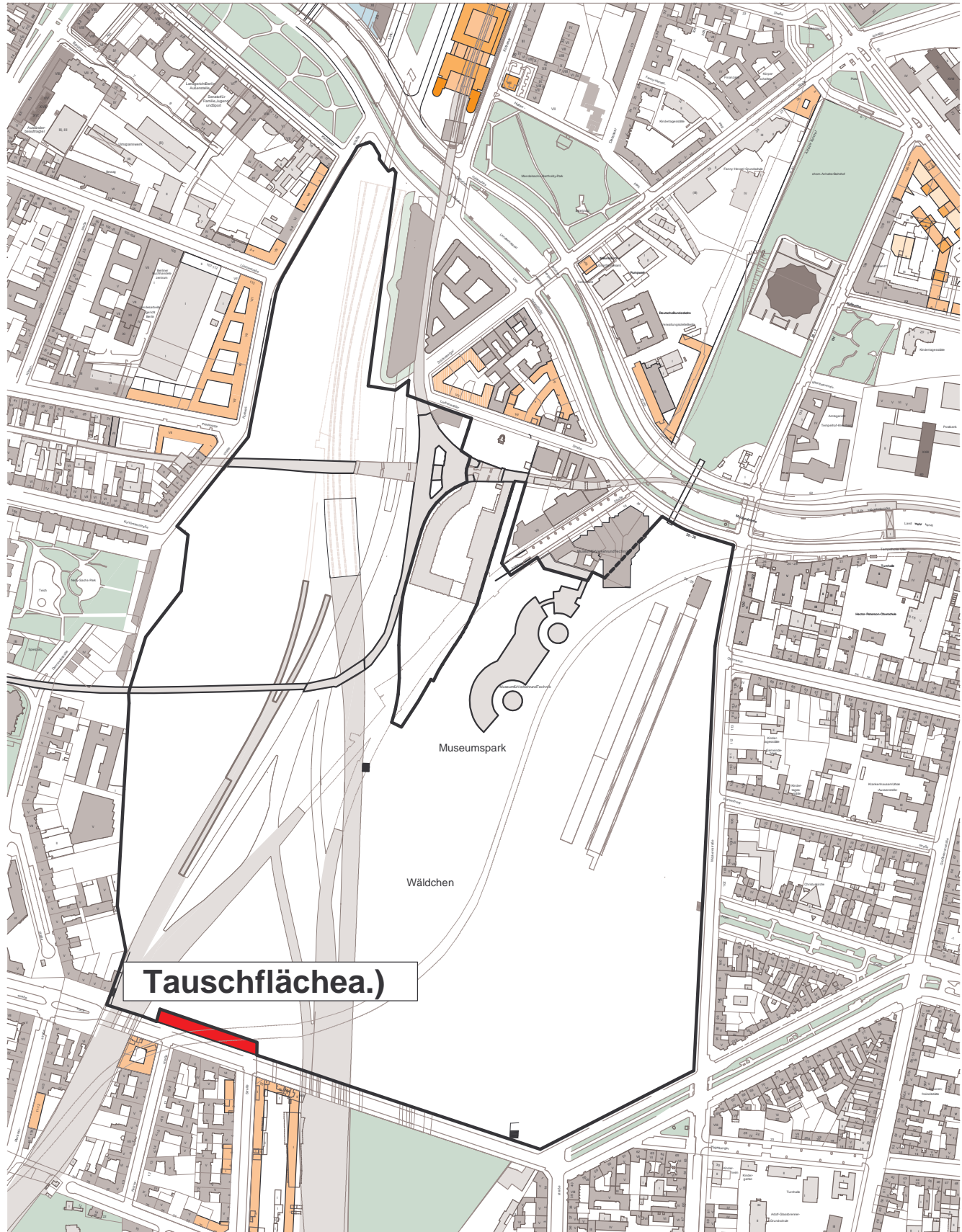
Fläche gem. Anlage 8	Fläche in ca. qm	zulässige Art der Nutzung gem. § 34 BauGB	zulässige GFZ gem. § 34 BauGB**	zulässige GRZ (Versiegelung + Überschreitung) gem. BauNVO § 19 Abs. 4	zulässige Firsthöhe*** gem. § 34 BauGB
1 (1)	5.330	GE (Büro, DL)*	3	0,7 (max. 0,8)	bis 25 m
1 (2)	15.700	GE (Büro, DL)*	2,5	0,7 (max. 0,8)	bis 25 m
1 (3)	28.100	GE	1,5	0,5 (max. 0,75)	bis 20 m
2	78.300	Beschränktes Arbeitsgebiet bzw. GE	1,5	0,5 (max. 0,75)	bis 25 m
3	3.700	MI	2,5	0,4 (max. 0,6)	bis 25 m
4 (1)	16.300	GE (Büro, DL)*	2,5	0,7 (max. 0,8)	bis 25 m
4 (2)	58.400	GE	1,0	0,5 (max. 0,75)	bis 10 m
5 (1)	6.330	GE (Büro, DL, EH)*	2,5	0,8	bis 25 m
6 (1)	5.200	GE (Büro, DL, EH)*	2,5	0,8 (Angabe: 100 % versiegelt)	bis 25 m
6 (2)	29.600	GE	1,0	0,5 (max. 0,75)	bis 10 m

* DL = Dienstleistung, EH = Einzelhandel

** Die angegebene GFZ bezieht sich auf das BBL.

*** Eine Festlegung der planungsrechtlich zulässigen Dachformen erfolgt nicht.

Möglicher Biotopflächenfaktor (Verhältnis von naturhaushaltswirksamer Fläche und Grundstücksfläche) = 0,3. In Fläche 1 (3) = 0,4.



Nr. _____ der Urkundenrolle für 2005

Vor mir, dem beurkundenden Notar

erschienen heute:

1.

handelnd nicht im eigenen Namen, sondern für die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co KG, Am Köllnischen Park 1, 10789 Berlin, diese wiederum nicht nur im eigenen Namen handelnd, sondern auch namens und in Vollmacht des Landes Berlin

- nachfolgend: LFB und/oder Berlin-

und

2.,

und

3.,

gemeinsam handelnd nicht im eigenen Namen, sondern aufgrund Vollmacht vom 9. Februar 2004 (UR-Nr. 75/2004-S des Notars Dr. Schmiegel in Frankfurt am Main) für die

Vivico Real Estate GmbH (vormals: Verwertungsgesellschaft für Eisenbahnimmobilien GmbH & Co. KG), Sitz Frankfurt am Main, Hedderichstraße 55-57, 60 594 Frankfurt am Main, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HR B 53 505

diese wiederum handelnd

a) im eigenen Namen

b) aufgrund Vollmacht vom 26. Mai 1998 für die **Bundesrepublik Deutschland - Bundeseisenbahnvermögen** - im Hinblick auf den unter Ziff.1 a) dieser Urkunde geregelten Schuldbeitritt

- die Vivico Real Estate GmbH nachfolgend „**Vivico**“ genannt -.

Bei Beurkundung lag eine Ausfertigung der Vollmacht vom 9. Februar 2004 vor, der eine beglaubigte Ablichtung der Vollmacht vom 26. Mai 1998 beigeheftet ist. Eine beglaubigte Ablichtung dieser Ausfertigung ist der heutigen Niederschrift als **Anlage Z 5** beigelegt.

Dies vorausgeschickt erklären die Erschienenen mit der Bitte um Beurkundung die folgende

Zusatzvereinbarung zum städtebaulichen Rahmenvertrag vom

§ 1 Grundstückstauschvertrag

(1) Vivico überträgt Berlin die in der Tabelle zu 4.1 des städtebaulichen Rahmenvertrages bezeichnete Fläche 4 c zum Preis von 1.250.000 € . LFB überträgt im Gegenzug an Vivico die in der **Anlage Z 1** dargestellte und mit (a) bezeichnete Fläche Yorckdreieck (Grundbuchbestand in **Anlage Z 2**) zum heutigen Verkehrswert ohne Berücksichtigung der Entwicklung im Gebiet des Rahmenvertrags, mithin zu 1.250.000 €. Die Parteien gehen von wertgleichen Flächen aus.

(2) Ein Wertausgleich findet bei notwendigen Flächenanpassungen im Zusammenhang mit dem städtebaulichen Rahmenvertrag nicht statt (vgl. Ziffer 2.4.3 des Rahmenvertrages).

(3) Ein entsprechender Tauschvertrag ist unverzüglich abzuschließen. Die Übertragung der Fläche „Yorckdreieck“ auf Vivico muss unverzüglich nach Abschluss des Tauschvertrages vollzogen werden.

§ 1a) Schuldbeitritt

Das Bundeseisenbahnvermögen, vertreten durch Vivico, tritt hiermit der schuldrechtlichen Verpflichtung der Vivico, Berlin das Eigentum an der in § 1 genannten Fläche zu verschaffen, bei. Berlin nimmt diesen Schuldbeitritt an.

§ 2 Kaufoption

LFB räumt jeweils für die in ihrem Eigentum stehenden Grundstücke Vivico bzw. einer Tochtergesellschaft von Vivico die unentgeltliche Option ein, die in der **Anlage Z 3** dargestellten und mit a) und b) näher bezeichneten Grundstücke (Grundbuchbestand in **Anlage Z 4** Ziff. 1 und 2) zum heutigen Verkehrswert zu erwerben. Die Option kann bis zum 31.12.2010

ausgeübt werden. LFB und Vivico schließen unverzüglich nach Beurkundung einen Optionsvertrag, der den vollständigen Inhalt des künftigen Kaufvertrags enthält.

§ 3 Verkehrswertermittlung und Kostentragung

1. Mit Abschluss dieser Zusatzvereinbarung verpflichten sich die Parteien, gemeinsam einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen zur Ermittlung der Verkehrswerte für die in § 2 genannten Flächen zu beauftragen. Der so ermittelte Wert ist für die Parteien verbindlich, soweit er billigem Ermessen entspricht. Entspricht der Wert nicht billigem Ermessen, so ist er durch Urteil zu bestimmen, soweit eine Einigung der Parteien nicht auf anderem Wege herbeigeführt werden kann; §315 BGB ist sinngemäß anzuwenden.

2. Die Kosten der Beseitigung von Bodenverunreinigungen der in § 2 genannten Grundstücke sind von dem nach §3 Abs.1 zu ermittelnden Verkehrswert in Abzug zu bringen. Die Kosten sind durch ein Sachverständigengutachten zu ermitteln; für Auswahl und Bestellung des Sachverständigen gilt Abs.1 entsprechend.

3. Etwa erforderliche Kosten der Beräumung der in §2 genannten Grundstücke werden im Verhältnis der hiesigen Vertragsparteien durch LFB getragen.

§ 4 Allgemeine Pflichten der Vertragsparteien

Die Parteien werden bei der praktischen Durchführung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenarbeiten. Sie werden sich über den jeweiligen Stand der Planungen unterrichten und auf Verlangen auch sonst jede erbetene sachdienliche Auskunft erteilen.

§ 5 Bestellung von Sachverständigen

1 Die Kosten eines zu bestellenden Sachverständigen werden hälftig getragen, sofern in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist.

2. Für den Fall, dass sich die Parteien nicht auf einen Sachverständigen einigen, kann jede Partei den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Berlin bitten, einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen zu benennen. Die Benennung ist für die Vertragsparteien bindend.

§ 6 Kosten

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrages trägt Vivico.

§ 7 Teilwirksamkeit, Änderungen

1. Wenn eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist oder wird, bleibt der Vertrag im übrigen gültig. Die Parteien verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine andere zu ersetzen, die dem Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.
2. Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform, soweit keine notarielle Beurkundung erforderlich ist.
3. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.

§ 8 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Berlin.

Anlagenverzeichnis:

Anlage Z 1: Tauschfläche Yorckstraße 38-41

Anlage Z 2: Grundbuchbestand Yorckstraße 38-41

Anlage Z 3: Kaufoptionsflächen

Anlage Z 4: Grundbuchbestand

Anlage Z 5: Vollmacht vom 09.02.04 (UR.-Nr. 75 / 2004-S des Notars Dr. Schmiegelt in Frankfurt am Main)

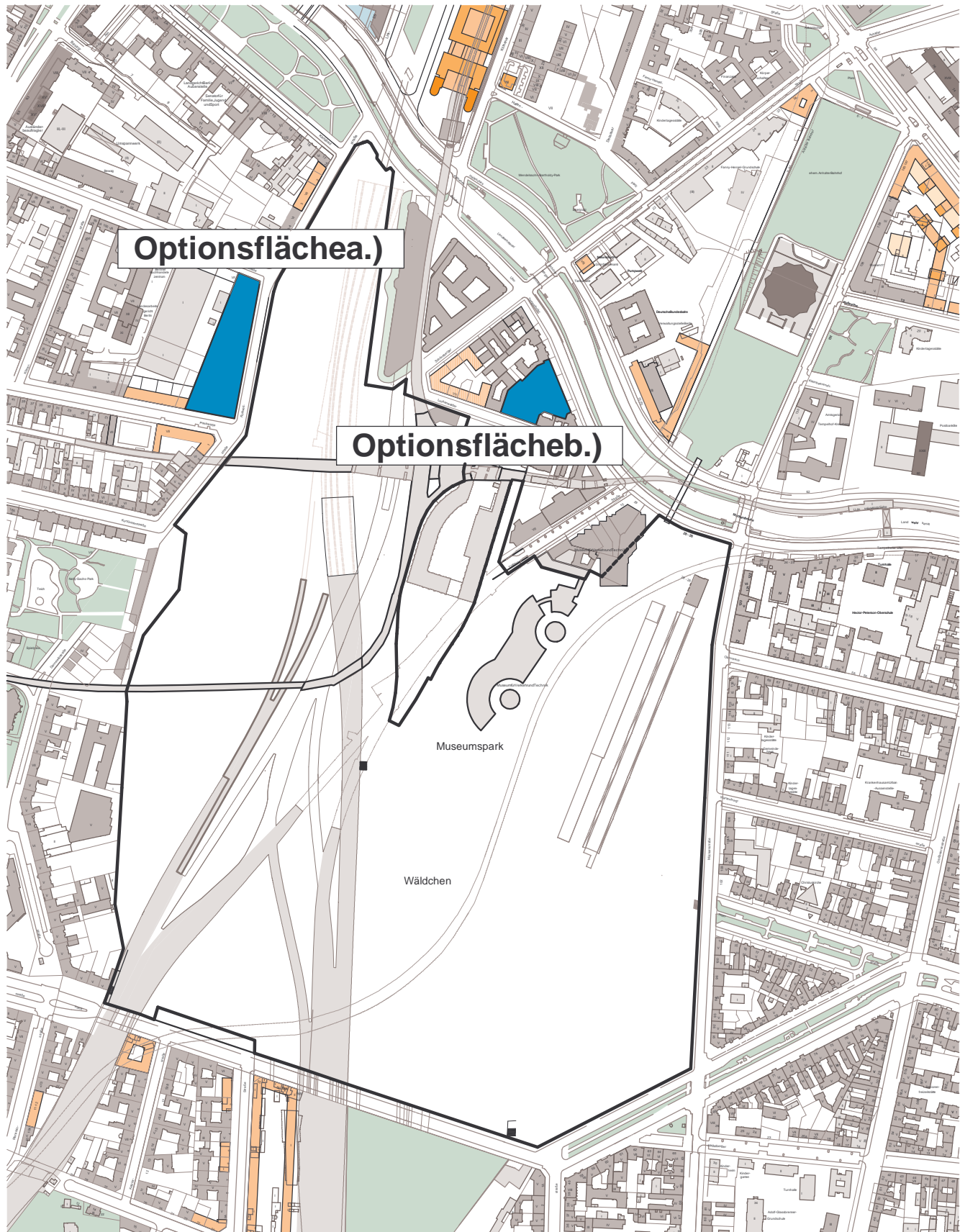
Yorckstraße 38-41

Flurstücke im Grundbuch von Schöneberg des Amtsgerichtes Schöneberg im Eigentum des Liegenschaftsfonds Berlin GmbH Co. KG außerhalb des Vertragsgebietes

Blatt	Flurstück	Größe in qm	Flur	Wirtschaftsart- und Lage
6793	00060/001*	1.130	081	Gebäude- und Freifläche, Yorckstraße 38
6921	00060/003*	364	081	Gebäude- und Freifläche, Yorckstraße 39
6816	00060/004*	305	081	Gebäude- und Freifläche, Yorckstraße 40
6777	00396/060*	364	081	Gebäude- und Freifläche, Yorckstraße 41

* Alle Flurstücke haben einen Sanierungsvermerk im Grundbuch eingetragen

Summe	2.163
--------------	--------------



a) Flottwellstraße 8-18

b) Tempelhofer Ufer 33-35

Flottwellstraße 8-18

1. Flurstücke im Grundbuch von Lützowviertel des Amtsgerichtes Tempelhof-Kreuzberg im Eigentum des Liegenschaftsfonds Berlin GmbH Co. KG außerhalb des Vertragsgebietes

Blatt	Flurstück	Größe in qm	Flur	Wirtschaftsart und Lage
1267	03428	4.087	007	Gebäude- u. Freifläche, Flottwellstraße 8-18; Pohlstraße 2, 4, 6; Lützowstraße 113
1267	03429	662	007	Gebäude- u. Freifläche, Flottwellstraße 8-18; Pohlstraße 2, 4, 6; Lützowstraße 113
1267	03433	3.845	007	Gebäude- u. Freifläche, Flottwellstraße 8-18; Pohlstraße 2, 4, 6; Lützowstraße 113

Summe	8.594
--------------	--------------

Tempelhofer Ufer 33-35

2. Flurstücke im Grundbuch von Süd-West des Amtsgerichtes Tempelhof-Kreuzberg im Eigentum des Liegenschaftsfonds Berlin GmbH Co. KG außerhalb des Vertragsgebietes

Blatt	Flurstück	Größe in qm	Flur	Wirtschaftsart- und Lage
140	00060/001	566	005	Gebäude- und Freifläche, Tempelhofer Ufer 33,34,35
140	00060/003	1.129	005	Gebäude- und Freifläche, Tempelhofer Ufer 33,34,35
140	00060/004	1.463	005	Gebäude- und Freifläche, Tempelhofer Ufer 33,34,35
140	00396/060	456	005	Gebäude- und Freifläche, Tempelhofer Ufer 33,34,35
140	00850/060	1.258	005	Gebäude- und Freifläche, Tempelhofer Ufer 33,34,35

Summe	4.872
--------------	--------------